



LAND DER OFFENEN TÜREN



© Jan Wischniewski



OFFEN FÜR VERÄNDERUNG

Fahrplan für Kommunal- und
Verwaltungsreform steht

> Seite 3



OFFENSICHTLICH NICHT GENEHMIGUNGSFÄHIG

Braunkohleplanverfahren
in der Lausitz

> Spezial Seite 4/5



MEHR ÖFFENTLICHKEIT BITTE

Mit der Haasenburg ist
noch nicht Schluss

> Seite 9

Willkommen! Am 17. und 18. Januar öffnet der neue Brandenburger Landtag für alle BürgerInnen seine Türen. Werfen Sie auch einen Blick in unsere Fraktion im 2. Stock!

Sie werden sehen: Dies ist kein Schloss – auch wenn die barocke rosa Hülle das vermuten ließe. Innen herrscht klare Sachlichkeit. Und: Das Parlament ist von dem über der Stadt thronenden Brauhausberg in Potsdams und Brandenburgs Mitte gekommen. Für mehr Bewegung, für belebendes Grün und für mehr Öffnung werden wir weiterhin sorgen – versprochen!

Brandenburg stünde überhaupt mehr Offenheit gut zu Gesicht – nicht nur in

den Ausschüssen, die auf unsere Initiative hin seit 2009 öffentlich tagen. Auch beim Haasenburg-Skandal, bei den BER-Finanzien oder der Bergschadensregulierung. Wir brauchen offene Arme, Ohren und Herzen für Flüchtlinge, für Minderheiten, für Benachteiligte. Lassen Sie uns ganz Brandenburg jeden Tag zu einem Land der offenen Türen machen!

Aufschlussreiche Einblicke – auch mit dieser brandGRÜN – wünschen

3 FRAGEN AN...

MARIE LUISE VON HALEM



© Jan Wischnewski

Gerade sind Sie in das neue Parlamentsgebäude umgezogen. Wie finden Sie es?

„Ceci n'est pas un chateau“ – dieser durch ein Gemälde des belgischen Malers René Magritte inspirierte Schriftzug der Potsdamer Künstlerin Annette Paul prangt ja am Westflügel des Gebäudes. Er spielt mit Schein und Sein und verrät: Es ist kein Schloss. Zum Glück! Hinter der barocken rosa Sandsteinfassade verbirgt sich ein nüchterner, funktionaler, moderner Bürobau. Der Plenarsaal mit seiner Besucher_innentribüne ist gelungen: Das Volk sitzt über seinen Abgeordneten. In diesem Haus hätte auch ein gemeinsames Parlament von Brandenburg und Berlin Platz. Dass die Diskussion um eine Länderfusion nicht abstirbt, ist uns wichtig.

Ist nun alle Kritik am Landtagsbau verstummt?

Wir finden: Es wurden Chancen vertan. Ein Parlamentsneubau hätte doch in puncto Klimaschutz Zeichen setzen und Vorbild sein müssen! Hier steht zwar ein Niedrigenergiehaus, bei dem aber darauf verzichtet wird, sich zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu versorgen. Wir hätten zudem gerne mehr Wert auf eine ökologische Beschaffung bei Materialien und Möbeln gelegt.

Ich hoffe sehr, dass es zusammen mit der Stadt Potsdam gelingen wird, um den Landtag herum eine lebendige Atmosphäre zu schaffen. Wenn der Alte Markt eines Tages fertig ist, stehen die Chancen dafür gut. Es war immer unser Ziel, mit dem neuen Landtag näher an die Menschen heran zu kommen.

Und wie hätten Sie den Adler gern: rot oder weiß?

Der weiße Adler ist ein gelungenes Kunstwerk. Es ist an den Abgeordneten, Farbe ins Parlament bringen – durch vielfältigen Meinungsstreit.

Marie Luise von Halem ist Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

WIEDERGUTMACHUNG GESCHEITERT

Vor dem Landtag protestieren NeusiedlerInnen (mit Axel Vogel 3.v.l.) – drinnen kippen die Regierungsfractionen unseren Gesetzentwurf zur Bereinigung der Rechtsverhältnisse an Bodenreformgrundstücken. Fraktionsübergreifend werden zwar die Probleme anerkannt, die viele Menschen um ihr ererbtes Eigentum gebracht und in Existenznöte gestürzt haben und für die das Land Brandenburg durch sein rigoroses Vorgehen bei der Abwicklung der Bodenreform nach 1992 verantwortlich war. Die Diskussion über das Bodenreformwiedergutmachungsgesetz im Novemberplenarium war aber ein Tiefpunkt der parlamentarischen Debattenkultur: Rot-Rot behauptete, das Anliegen zwar zu teilen, lehnte es aber ab, die Ungleichbehandlung der so genannten NeusiedlerInnen in den Ausschüssen zu diskutieren.

www.gruenlink.de/o1y



© Fraktion

„BETRIEBSANSCHNEISUNG“ WALDWEGEBAU

Auf allen 4.000 Kilometern Hauptwegen im Landeswald, die auch Wanderwege sind, sollen ganzjährig Schwerlastfahrzeuge für die Holzabfuhr von bis zu 44 Tonnen fahren können. Dies erfordert Wegeverbreiterungen; Reptilienvorkommen können durch die Baumaßnahmen erheblich beeinträchtigt werden. Wir haben uns im Landtagsausschuss dafür stark gemacht, dass die Betriebsanweisung Waldwegbau des Landesbetriebs Forst zusammen mit dem Umweltministerium überarbeitet wird und damit Naturschutzbelange stärker vertreten sind.

REFORM DER KOMMUNAL- UND LANDESVERWALTUNG

DEUTLICH GRÜNE HANDSCHRIFT

Im Jahr 2030 werden in Brandenburg nur noch rund 2,2 Millionen Menschen leben – fast 300.000 weniger als 2008. Die eine Hälfte von ihnen konzentriert sich auf 15 % der Landesfläche im berlinnahen Raum, die zweite verteilt sich auf die anderen 85 %. Die vor zwei Jahren vom Landtag ins Leben gerufene Enquete-Kommission 5/2 befasste sich mit der Frage, was demografischer Wandel und sinkende finanzielle Mittel für die Landes- und Kommunalverwaltung bedeuten. Der Abschlussbericht liegt jetzt vor.

Direkt wählen

Mit der Schaffung einer Amtsgemeinde in Brandenburg greift die Kommission unseren bündnisgrünen Vorschlag auf: Die AmtsbürgermeisterInnen werden dann direkt von den BürgerInnen gewählt. Schmerzhafte Fusionen sind nicht notwendig – die derzeitigen Gemeinden können sich zur Amtsgemeinde zusammenschließen, ohne ihre Selbstständigkeit aufzugeben. Eine gemeindliche Hauptverwaltung soll ab 2030 für mindestens 10.000 EinwohnerInnen tätig sein – es sei denn, die Gemeindefläche würde in dünner besiedelten Regionen zu groß. Dass es künftig 7 bis 10 Kreise statt übergroßer Regionalkreise geben soll, entspricht unserem Vorschlag.

Mehr Aufgaben und mehr EinwohnerInnen für die künftigen Kreise hätte auch



Übergabe des Abschlussberichtes in der letzten Sitzung der Enquete 5/2 – mit U. Nonnemacher (li.)

© Fraktion

bedeuten müssen, die Zahl der kreisfreien Städte anzupassen. Dazu trifft der Abschlussbericht jedoch keine Aussage.

Die Übertragung von Landesaufgaben auf die Kreise geht uns zu weit. Um die Fachlichkeit zu wahren und eine politische Beeinflussung zu vermeiden, sollten Natur-, Umwelt- und Denkmalschutz Landesaufgaben bleiben. Unsere Fraktion fordert zusätzlich, dass die finanzpolitischen Folgen der Gebiets- und Funktionalreform noch weiter untersucht werden.

Nicht in die Schublade!

In den Bericht sind auch bündnisgrüne Vorschläge zur Beteiligung der BürgerInnen am Reformprozess und zu ihren Mitwirkungsrechten in den Gemeinden

eingeflossen. Es muss außerdem mehr mobilen BürgerInnenservice und bessere E-Government-Angebote geben, damit mancher Behördengang überflüssig wird.

Der Bericht darf nun nicht im hintersten Winkel eines Archivs verstauben! Die Landesregierung muss sich weiterhin den offenen Prüfaufträgen widmen. Dies sind beispielsweise die Aufgaben im Bereich Wasser/Abwasser, Finanzen und in der Gesundheitsberichterstattung. Die wirkliche Arbeit beginnt jetzt.

*Ursula Nonnemacher
Innenpolitische Sprecherin*

www.gruenlink.de/1h7

KEINE NEUEN BRAUNKOHLETAGEBAUE

KRACH AUF DER KIPPE

Bergbaubetroffene haben mit Heimatverlust und Naturzerstörung, Staubbelastung und Grundstücksschäden zu kämpfen – und jetzt auch noch mit unzumutbarem Lärm. Die Tag und Nacht arbeitenden Tagebaue rücken immer näher an die Orte heran. brandGRÜN spricht mit Peter Immekus, Sachverständiger für Bergschäden aus dem Rheinischen Kohlrevier.

Bergamt und Vattenfall sagen, es werden keine Lärm-Richtwerte in der Lausitz überschritten...

P. Immekus: Ärzte z. B. kennen keinen Grenzwert für Schall – sie schauen sich an, wie Lärm auf einen bestimmten Menschen wirkt. Aufeinander reibende Eisenteile, quietschende Bagger und Förderbänder – solche unangenehmen schrillen Geräusche bringen Menschen um den Schlaf und den Verstand. Vattenfall und Bergamt behaupten, bergbaubedingten Lärm aus Messungen nicht herausrechnen zu können. Das ist Unsinn. Heerscharen von spezialisierten Gutachtern haben das Fachwissen und die Technik dafür. Das Bergamt muss den Lärm dauerhaft über mehrere Jahre und durchgehend messen lassen. Wenn nur wie jetzt einen Monat lang gemessen wird, arbeitet der Bagger eben so lange an einer anderen Stelle.

Wohin können sich Betroffene denn wenden?

Das ist das Problem: Das Bergamt ist für Betroffene nicht unabhängig, weil es in den Augen vieler gemeinsame Sache mit Vattenfall macht. Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat eine Transparenzvereinbarung mit den Bergbauunternehmen geschlossen, ein 24-Stunden-Bürgertelefon funktioniert dort gut. In NRW hat die Politik quer durch alle Parteien gelernt, dass man für die Akzeptanz die Sorgen der Menschen ernst nehmen muss. Alle Fraktionen wollen eine Beweiserleichterung im Bundesberggesetz, die bessere Regulierung bei Bergschäden, die Errichtung der Schlichtungsstelle und das Aufstellen von Messgeräten. Politiker aus den großen Parteien in Brandenburg trauen sich aber kaum, sich gegenüber Vattenfall auf die Seite der Betroffenen zu stellen.

Was raten Sie den Bürgerinnen und Bürgern?

Wichtig ist, dass das Thema in der öffentlichen Diskussion bleibt – dann stellen sich auch immer mehr Politiker hinter die Forderungen der Betroffenen und Vattenfall kann sich irgendwann nicht mehr wegducken. Im nächsten Sommer soll in der Lausitz eine große Veranstaltung mit Bürgerinitiativen aus ganz Deutschland stattfinden. Und in NRW arbeiten wir zunehmend auch mit Ärzten zusammen – die kommen auf uns zu, da sie die Gesundheitsschäden täglich in der Praxis sehen.

Was halten Sie von Maßnahmen wie z. B. einem Nachtarbeitsverbot?



Wenn z. B. größere Städte in der Nähe von Tagebaurevieren wie Köln oder Cottbus merken, dass die hohe Feinstaubbelastung nicht nur vom Autoverkehr in der Stadt, sondern auch vom benachbarten Tagebau herrührt, fürchten die Betreiber zu Recht, dass ihre Tagebaue eine Zeitlang stillgelegt werden könnten. Warum soll das beim Lärm nicht ähnlich sein?

www.gruenlink.de/o8z

MIT DER KOHLE GEHT'S BERGAB

Mehr als 120.000 Einwendungen gegen den geplanten Tagebau Welzow Süd II sind eingegangen und wurden Ende 2013 öffentlich verhandelt. Wir bleiben dabei: Welzow Süd II ist nicht genehmigungsfähig. Gar keine bzw. kaum eine Rolle haben die Existenzen der von einer Abbaggerung betroffenen Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe sowie die Gesundheit der umzusiedelnden Menschen gespielt. Der Plan ist unserer Ansicht nach auch nicht mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie vereinbar: Mit jährlich 100 Millionen Kubikmetern wird enorm viel Grundwasser entnommen. Die Qualität des später wieder ansteigenden Grundwassers verschlechtert sich erheblich. Die Braunkohleverstromung behindert die erneuerbaren Energien; mit nur einem neuen Tagebau erreicht Brandenburg nicht mehr seine Klimaschutzziele. Die bisher genehmigten Tagebaue reichen bis weit nach 2030. Bis dahin ist der Ausstieg aus der Braunkohle sozialverträglich und versorgungssicher zu machen.

Braune Brühe bleibt

Die Braunfärbung der Spree führt uns die negativen Langzeitfolgen des Kohlebergbaus vor Augen. Die Beseitigung des Eisenockers kommt nur schleppend voran. Von den zehn Anfang 2013 verkündeten So-

fort(!)maßnahmen wurden erst sieben begonnen. Kaum geht es an den Quellen voran, an denen zu viel neues Eisen nachströmt. Auch wie und wo der Eisenschlamm deponiert werden soll, ist noch ein Rätsel. Der von den Behörden beklagte Personalmangel lässt vermuten, dass die Spreeverockerung lediglich in Sonntags- bzw. Landtagsreden Priorität genießt. Und für das sulfatbelastete Wasser gibt es überhaupt noch keine technisch ausgereifte und finanzierbare Lösung.

Stress, Staub und Schäden

Für die Klagen der Anwohner_innen der aktiven Tagebaue über Grundstücksschäden, Dreck und mit startenden Düsenjets vergleichbaren Lärmbelastungen ist Vattenfall taub. In Nordrhein-Westfalen hat die Regierung mit den Bergbauunternehmen eine Transparenzvereinbarung geschlossen, die in den Kohlerevieren u. a. mehrjährige Lärmmessungen und ein 24-Stunden-Bürgertelefon vorsieht (s. S. 6). Auf Druck unserer Fraktion will sich Wirtschaftsminister Christoffers nun für eine Schiedsstelle für Braunkohlebetreffene und eine gemeinsame Bundesratsinitiative mit NRW zur Beweislastumkehr einsetzen – die Beweislast für bergbaubedingte Grundstücksschäden liegt dann nicht mehr bei den Betroffenen, sondern beim Unternehmen. Mehr Transparenz insgesamt wäre auch mit der von uns vorgeschlagenen „Landesinformationsstelle Bergbau“ gegeben, die alle Fakten über laufende und geplante Vorhaben sowie umweltrelevante Daten online bereithalten soll.

*Sabine Niels
Sprecherin für Bergrecht*



DIE SCHULE IM DORF LASSEN

Das 'Schulsterben' in den ländlichen Regionen Brandenburgs in Folge des Geburteneinbruchs der neunziger Jahre sitzt uns noch in den Knochen. Mit der Schule verschwindet Leben aus einem Dorf. Doch dem allgemeinen Wunsch, möglichst viele Grundschulen zu erhalten, um kleinen Kindern keine langen Schulwege aufzubürden, steht die Einsicht gegenüber, wie schwer in kleinen Schulen pädagogische Qualität zu sichern ist.

Der demografische Wandel mit absehbar bis zu 40 % weniger Geburten in den Randregionen Brandenburgs stellt die Frage nach der Zukunft der Schulen neu. Die von Bildungsministerin Münch einberufene Demografiekommision schlägt in ihrem Abschlussbericht vor, kleine Schulen

für die Jahrgangsstufen 1-4 im Ort zu belassen und größeren Schulen als Filialen zuzuordnen. Der Fachunterricht ab Klasse 5 wäre in einer größeren Schule mit Fachlehrer_innen besser zu gewährleisten – und den älteren Kindern ein längerer Weg eher zuzumuten. Die Kommission schlägt auch vor, Schulverbünde zu erproben. Hier gehören mehrere Grundschulen zu einer Schule mit verschiedenen Standorten, möglichst unter Einbeziehung einer Ober- oder Gesamtschule. Darüber entscheiden sollen die Kommunen.

Zukünftig sind aber größere Anstrengungen nötig: Wir brauchen nicht nur eine bessere Finanzierung des Bildungssystems, sondern auch vergleichbare Planungen für Kindertagesstätten und weiterführende



Schulen. Damit auch künftig Schulen und Kinder im Dorf bleiben.

Marie Luise von Halem
Bildungspolitische
Sprecherin

www.gruenlink.de/o20

ROTE KARTE FÜR ROTE LATERNE

Die rote Laterne, die die Brandenburger Hochschulen bei der Finanzausstattung bundesweit haben, ist vor allem für die Beschäftigten eine große Belastung. Auf unsere Anfrage hin musste die rot-rote Regierung eingestehen, dass der von ihr propagierte Mindestlohn selbst im eigenen Bereich nicht gezahlt wird. Studentische Beschäftigte bzw. wissenschaftliche Hilfskräfte mit Masterabschluss bekommen zwischen 6 € bis maximal 13,92 € pro Stunde. Obwohl die Student_innenzahlen von 33.000 auf jetzt 52.000 und die Aufgaben drastisch

anstiegen, sind seit 13 Jahren kaum unbefristete Stellen in der Verwaltung dazugekommen. Zusätzliche befristete Stellen werden größtenteils aus Drittmitteln finanziert. Die Grundfinanzierung der Hochschulen ist also so schlecht, dass sogar für Verwaltungstätigkeiten andere Finanzierungswege gesucht werden müssen. Unser Antrag, im Nachtragshaushalt die Globale Minderausgabe von 12 Mio € zurückzunehmen, fiel dennoch durch. Wir fordern eine Mindestbezahlung von 8,50 € für studentische Hilfskräfte, die mit Jobs in den Hochschulen oft ihren Lebens-

unterhalt verdienen. Auch die Arbeit von Praktikant_innen muss zukünftig vergütet werden. Befristete Verträge, die an Hochschulen auch mal nur über einen Monat laufen, sollen für akademische Mitarbeiter_innen mindestens 2 Jahre betragen – so wie es der Senat der Uni Potsdam für sich 2012 beschlossen hat.

Marie Luise von Halem
Wissenschaftspolitische Sprecherin

www.gruenlink.de/njf

Kontakt zur Fraktion

Neue Adresse: Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel. 0331 - 966-1701, Fax: -1702
info@gruene-fraktion.brandenburg.de
@GrueneLandtagBB

Geschäftsstelle

Anna Mikulcová; Geschäftsführerin; Tel. -1703
anna.mikulcova@gruene-fraktion.brandenburg.de

Andreas Tietze; Assistent der Geschäftsführung; Tel. -1701
andreas.tietze@gruene-fraktion.brandenburg.de

Benjamin Grochowski; Vorstandsassistent; Tel. -1700
benjamin.grochowski@gruene-fraktion.brandenburg.de

Pressestelle

Tobias Arbinge; Pressesprecher; Tel. -1706
tobias.arbinge@gruene-fraktion.brandenburg.de

Frauke Zelt

stellv. Pressesprecherin, Öffentlichkeitsarbeit; -1722
frauke.zelt@gruene-fraktion.brandenburg.de

Seema Mehta; Öffentlichkeitsarbeit; Tel. -1710
seema.mehta@gruene-fraktion.brandenburg.de

Hanna Marzinkowski; stud. Mitarbeit; Tel. -1718
hanna.marzinkowski@gruene-fraktion.brandenburg.de

FachreferentInnen:

Martin Bär; Bildung, Jugend, Sport; Tel. -1720
martin.baer@gruene-fraktion.brandenburg.de

Tobias Franke-Polz; Enquete 5/1; Tel. -1716
tobias.franke-polz@gruene-fraktion.brandenburg.de

Jörg Gleisenstein; Kommunalpolitik; Tel. -1715
joerg.gleisenstein@gruene-fraktion.brandenburg.de

Thomas von Gizycki

Wirtschaft, Haushalt, Finanzen, Europa; Tel. -1711
thomas.gizycki@gruene-fraktion.brandenburg.de

Hans Kremer; Untersuchungsausschuss 5/1; Tel. -1719
hans.kremer@gruene-fraktion.brandenburg.de

Martin Kühn; Wissenschaft, Forschung, Kultur; Tel. -1723
martin.kuehn@gruene-fraktion.brandenburg.de

Svenja Schünemann

Umwelt, Landwirtschaft, Infrastruktur; Tel. -1713
svenja.schuenemann@gruene-fraktion.brandenburg.de

Katharina Strauß; Justiz, Inneres; Tel. -1714
katharina.strauss@gruene-fraktion.brandenburg.de

Brigitte Stumm

Arbeit, Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz; Tel. -1712
brigitte.stumm@gruene-fraktion.brandenburg.de

Dietrich von Tengg-Kobligk; Klima, Energie; Tel. -1721
dietrich.tengg-kobligk@gruene-fraktion.brandenburg.de

www.gruene-fraktion-brandenburg.de

GRÜN IST EIN GEWINN



Modern und ökologisch, sozial und generationengerecht, offen und tolerant: Für dieses Brandenburg arbeitet unsere bündnisgrüne Fraktion seit 2009 nun auch wieder im Landtag – als konstruktive und kritische Opposition. Unsere Abgeordneten stellen sich vor.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
IM BRANDENBURGER LANDTAG

**Wir Bündnisgrüne
denken heute
für morgen – um
die Ecke und über
den Tellerrand.**



Marie Luise von Halem

Parlamentarische Geschäftsführerin, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Jahrgang 1962, Sprach- und Literaturwissenschaftlerin (M.A.), Organisationsberaterin, Supervisorin und vereidigte Übersetzerin für Isländisch. Marie Luise von Halem hat zwei Kinder und lebt in Potsdam.

Alle Kinder sollen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern die gleichen guten Bildungschancen haben – und zwar von Anfang an. Kitas brauchen mehr und gut ausgebildete Erzieher_innen; Schulen zusätzlich neue, qualifizierte Lehrkräfte. Wir machen die Inklusion zum Thema im Parlament: Behinderte und nicht behinderte Kinder sollen zusammen und gemeinsam länger lernen. Brandenburger Hochschulen sind bundesweit am schlechtesten finanziell ausgestattet. Ich setze mich dafür ein, dass Forschung und Wissenschaft mehr Mittel erhalten, sich die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte im Wissenschaftsbetrieb verbessern und das Studium für junge Menschen wieder mehr Raum für die persönliche Entfaltung bietet.

Ausschüsse:

- * Hauptausschuss
- * Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
- * Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur
- * Präsidium des Landtages
- * Kunst- und Ausstattungskommission

Kontakt:

Tel. 0331-966 1700
ml.halem@gruene-fraktion.brandenburg.de

Regionalbüro, Ritterstraße 90, 14770 Brandenburg an der Havel,
Tel. 03381-550 3452, mail@ml-halem.de, www.ml-halem.de

**Kein Mensch kann
die Welt alleine
retten, aber jeder
von uns kann seinen
Beitrag dazu leisten.**



Axel Vogel

Fraktionsvorsitzender

Jahrgang 1956, Diplomkaufmann, zuletzt beim Landesumweltamt beschäftigt. Axel Vogel ist Gründungsmitglied der GRÜNEN und gehörte der ersten grünen Bundestagsfraktion an. Er ist seit 1991 in Eberswalde zu Hause.

Strukturschwache Regionen nachhaltig wirtschaftlich und naturverträglich zu entwickeln ist seit Anfang der 1990er Jahre Schwerpunkt meiner beruflichen und politischen Arbeit in Brandenburg. Als Finanzpolitiker will ich – gerade vor dem Hintergrund sinkender EU- und Bundesmittel – die Ein- und Ausgaben im Land im Einklang halten und den Landeshaushalt zukunftsicher machen. Dazu gehört, politische Versäumnisse im Umgang mit Landesimmobilien und ausufernde Kosten beim Flughafen BER zu thematisieren. Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit ist Thema in der von uns Bündnisgrünen initiierten Enquete-Kommission 5/1: Zu DDR- und Nachwendezeiten ausgeübtes Unrecht soll weitestmöglich wiedergutmacht werden.

Ausschüsse:

- * stellvertretender Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses
- * Ausschuss für Wirtschaft
- * Ausschuss für Haushalt und Finanzen
- * Sonderausschuss BER
- * Untersuchungsausschuss 5/1 BBG/Immobilienaffäre
- * Enquete 5/1 Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit

Kontakt:

Tel. 0331-966 1707, axel.vogel@gruene-fraktion.brandenburg.de

BürgerInnenbüro, Friedrich-Ebert-Straße 2, 16225 Eberswalde,
Tel. 03334-380 380, mail@axelvogel.de, www.axelvogel.de

Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Sie für kommende Generationen zu bewahren und die Entsolidarisierung zu beenden ist unser Ziel.



Ursula Nonnemacher

Jahrgang 1957, Fachärztin für Innere Medizin mit langjähriger Erfahrung aus Intensivstation und Notarztwagen. Die Mutter von drei Kindern lebt mit ihrer Familie in Falkensee. Seit 2003 Vorsitzende der grünen Rathausfraktion Falkensee.

Willkommen in Brandenburg! Das gilt ganz klar für Flüchtlinge und Asylsuchende. Aber nicht nur: Gut Qualifizierte kommen, wenn ihre Arbeit gut bezahlt und mit der Familie vereinbar ist. Älter werdende bleiben gern hier, wenn Gesundheitsversorgung und Pflege flächendeckend und individuell garantiert werden. Junge Leute können mitbestimmen und deshalb mit 16 Jahren wählen – auch ein bündnisgrüner Erfolg! Ich setze mich für starke Kommunen ein, die den demografischen Wandel erfolgreich meistern, für direkte Demokratie, BürgerInnenrechte und den freien Zugang zu Informationen. Wichtig sind mir die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Interessen der Menschen mit Behinderungen und die Rechte von Minderheiten und Schwachen – und der Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Ausschüsse:

- * Ausschuss für Inneres
- * Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie
- * Parlamentarische Kontrollkommission

Kontakt:

Tel. 0331-966 1708
ursula.nonnemacher@gruene-fraktion.brandenburg.de

BürgerInnenbüro, Potsdamer Straße 10, 14612 Falkensee,
Tel. 03322-831 290, mail@ursulanonnemacher.de,
www.ursulanonnemacher.de

Mit konsequent an Einsparen, Effizienz und Erneuerbaren Energien ausgerichteter Politik werden wir unabhängig von fossilen Energieträgern. 100% sind möglich!



Michael Jungclaus

Jahrgang 1964, gelernter Möbeltischler, zuletzt als selbstständiger Solarhandwerker tätig. Der zweifache Familienvater lebt in Neuenhagen.

Meine unternehmerische Erfahrung sagt mir: Ökologie und Ökonomie sind vereinbar. Es geht nicht nur um Strom und Wärme aus 100% erneuerbaren Energien. Wir müssen auch die Netze intelligent ausbauen und die hiesigen innovativen Energiespeicherkonzepte marktfähig machen. Eine gute Vernetzung muss ebenso bei der Internetversorgung, im Verbraucherschutz, im Verkehr und beim Biotopschutz her. Konsequente Lebens- und Futtermittelkontrollen z. B. brächten echte Transparenz für VerbraucherInnen. Der ÖPNV soll auskömmlich finanziert sein und die Sanierung der Infrastruktur Vorfahrt vor dem Straßenneubau haben. So verhindern wir auch, dass wertvolle Landschaft zerschnitten und Natur zerstört wird.

Ausschüsse:

- * Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
- * Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft

Kontakt:

Tel. 0331-966 1709
michael.jungclaus@gruene-fraktion.brandenburg.de

BürgerInnenbüro, Rudolf-Breitscheid-Allee 82,
15366 Neuenhagen, Tel. 03342-309 016,
mail@michaeljungclaus.de, www.michaeljungclaus.de

**Das Wertvollste,
was der Mensch hat,
ist seine Gesundheit.
Die Verfassung
gebietet, diese
zu schützen.**



Christoph Schulze

Jahrgang 1965, Arzt. Seit Mai 2013 in der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Christoph Schulze hat zwei Kinder und wohnt in Zossen. Er ist seit 1993 Mitglied und seit 2010 Vorsitzender des Kreistages Teltow-Fläming.

Politik muss sich an den Bedürfnissen der Menschen, ihrem Leben und ihrer Gesundheit, und den gesellschaftlichen Erfordernissen ausrichten. Es war im Rahmen der friedlichen Revolution 1989/90 ein gemeinsames Ziel, eine große Verabredung zwischen Menschen und Politik, dass Politik nie wieder über die Köpfe der Menschen hinweg gemacht werden sollte. Mitbeteiligung, Transparenz und eine wahrhaft freiheitlich-demokratische Gesellschaft sind meine Ideale. Daraus resultiert mein Engagement für die Bürgerinnen und Bürger. Zum Beispiel im Umfeld des Flughafens BER müssen wir die Einwohnerinnen und Einwohner vor krankmachenden Umweltgiften und vor Fluglärm schützen. Wo Wirtschaftsinteressen vor Menschen stehen, kann Politik nicht erfolgreich sein.

Ausschüsse:

- * Petitionsausschuss
- * BER-Sonderausschuss (Vertretung)

Kontakt:

Tel. 0331-966 1724
christoph.schulze@gruene-fraktion.brandenburg.de

BürgerInnenbüro, Bahnhofstraße 25, 15806 Zossen,
Tel. 03377-30 26 75, Fax 03377-30 05 90,
cschulzemdl@t-online.de, bueroschulze@t-online.de

**Eine lebenswerte
Heimat und Kultur
können wir nur
ohne neue Tagebaue
und CO₂-Endlager
erhalten.**



Sabine Niels

Jahrgang 1973, Heilerziehungspflegerin und Sozialwissenschaftlerin. Die vierfache Mutter ist in Ostbrandenburg zu Hause und seit 2008 bündnisgrüne Kreistagsabgeordnete in Oder-Spree.

Wir brauchen wieder mehr Artenvielfalt durch eine bäuerliche, naturverträgliche Landwirtschaft und ökologischen Anbau – statt Gentechnik, Massentierhaltung und Pestizide. Als Sprecherin für Bergrecht kämpfe ich gegen neue Kohletagebaue und CO₂-Endlager. Wer Dörfer abbaggert, begräbt Heimat und damit die regionale Identität, Natur und Kultur der Sorben und der Lausitz. Ich setze mich für eine menschenwürdige Rechtspolitik ein, die auf Prävention und Resozialisierung setzt und dafür ausreichend Mittel bereitstellt. Als Ostbrandenburgerin stehe ich für den deutsch-polnischen Dialog und die Rechte der sorbischen Minderheit.

Ausschüsse:

- * Rechtsausschuss
- * Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik

Kontakt:

Tel. 0331-966 1704
sabine.niels@gruene-fraktion.brandenburg.de

Bürger_innenbüro, Gartenstraße 42a, 15517 Fürstenwalde
Tel. 0178-502 58 29, mail@sabine-niels.de,
www.sabine-niels.de

GUTEN APPESTIZID

Von 10 deutschen GroßstädterInnen haben 7 Glyphosat im Körper. Unkrautvernichtungsmittel sind also über die Nahrungskette bei uns Menschen angekommen und stecken u. a. in Brötchen, Haferflocken und Mehl. Bei einer von uns und dem BUND 2013 beauftragten Untersuchung fanden sich – wie schon 2012 – in den meisten beprobten Kleingewässern Pestizidrückstände. Viele Pestizide sind pures Gift – nicht nur für Fische und Frösche. Die in den geschützten Biotopen nachgewiesenen Unkrautvernichtungsmittel und deren Abbauprodukte, darunter Glyphosat, zeigen, dass die LandwirtInnen auf den angrenzenden Flächen nicht immer fachgerecht mit Agrochemikalien umgehen.



Wasserfrosch

Glyphosat wird auf fast 40 % der deutschen Äcker eingesetzt und übersteht hohe Backtemperaturen. Es steht im Verdacht, gesundheitsschädlich zu sein. Ministerin Tack appelliert jetzt an die Bevölkerung, Glyphosat nicht im Garten einzusetzen, und

verweist ansonsten mal wieder an die Bundesregierung. Doch mit mehr Pestizidproben (sowie der Veröffentlichung der Ergebnisse), mit Beratungen für LandwirtInnen und weiteren Schutzstreifen an Feldsollen könnte man in Brandenburg bereits heute sensible Naturräume und Gewässer besser schützen. Wir haben mit den Tests die Hausaufgaben der Landesregierung gemacht und prüfen nun, wie man gegen den zu hohen Pestizideinsatz vorgehen kann. Klar ist aber schon heute: Langfristig bürgt nur die ökologische Landwirtschaft für unbelastete Natur und Lebensmittel.

Michael Jungclaus, *Umweltpolitischer Sprecher*
Sabine Niels, *Landwirtschafts-
politische Sprecherin*

www.gruenlink.de/nfs

GLÜCK UNTER BESCHUSS

Die Kraniche sind gen Süden gezogen, die Aufregung hat sich gelegt. Doch bevor die Rückkehr der majestätischen Vögel im Frühjahr die Diskussion um den Abschuss von Kranichen wieder beflügelt – hier auf ein Wort: Der Tanz der Kraniche und das Konzert der Graugänse, die Balz der Großtrappen oder das Heulen der Wölfe – Brandenburgs faszinierender Artenreichtum ist nicht nur ein Beweis für intakte Landschaftsräume, sondern zieht Naturinteressierte von Nah und Fern an. Und sorgt damit auch für eine erfolgreiche Entwicklung im Naturtourismus. Doch wenn beispielsweise Biber Deiche zerstören oder Kormorane Teichwirtschaften räubern, dann müssen Kompromisse gefunden werden. Tiere zu entnehmen oder zu töten kann aber nur allerletztes Mittel sein – so wie es das deutsche Artenschutzrecht bisher schon vorsieht.

Jetzt hat der Bauernpräsident und SPD-Abgeordnete Udo Folgart mit der Überlegung, auch auf den Feldern äsende Kraniche abzuschießen oder Entschädigungen zu ermöglichen, den Bogen überspannt. Schließlich erhalten unsere LandwirtInnen jährlich 370 Mio € Direktzahlungen, die auch an europäische Vogelenschutzregeln gebunden sind! Die geschützten Tiere bedienen sich kaum an stehenden Maisbeständen, sondern auf abgeernteten Feldern. Nur wenn diese von den Agrarbetrieben zu schnell umgebrochen werden und dann keine Nahrung mehr bieten, weichen die Vögel auf frische Saat aus.

Kraniche nennt man die Vögel des Glücks. Ich freue mich schon jetzt auf ihre Rückkehr und das begeisternde Naturschauspiel im Frühjahr!



Michael Jungclaus
Umweltpolitischer Sprecher

PEST, CHOLERA, LÄRM

Eines Tages wird der Mensch den Lärm ebenso unerbittlich bekämpfen müssen wie die Pest und die Cholera.“ Mit diesen Überlegungen bewies Robert Koch schon vor mehr als 100 Jahren große Weitsicht. Bedauerlich, dass diese Einsicht heute, ein Jahrhundert später, vielen verantwortlichen PolitikerInnen und Wirtschaftsleuten fehlt. Dass Lärm krank macht, wird seit Jahrzehnten diskutiert und auch immer wieder bestrit-

ten. Die wissenschaftliche Beweislast ist mittlerweile aber erdrückend, ganz gleich, ob es sich um Flug-, Straßen- oder Eisenbahnlärm handelt. Menschen klagen zu Recht über Lärmbelastungen und Gesundheitsstörungen. Obwohl sich Wissenschaft und BürgerInnen einig sind, hinken Politik, Gesetzgebung und Rechtsprechung hinterher.

Gesundheit kann man nicht kaufen

Lärm – und damit auch mehr Luftschadstoffe – sind ein Problem nicht nur einzelner Menschen, sondern ganzer Städte und Regionen. Niemand kann diese Belastungen in Brandenburg, insbesondere um den Großflughafen BER, wegdiskutieren. Dennoch reagieren Politik und Verwaltung zögerlich und unzureichend.

Unsere Anträge zur Lärmbegrenzung, zum Nachtflugverbot und zum Verbot einer dritten Start- und Landebahn am BER lehnte die Regierungskoalition bislang mit fadenscheinigen Gründen ab. Selbst bei dem von Rot-Rot angenommenen Volksbegehren für ein Nachtflugverbot spielt die Regierung auf Zeit statt Berlin auch mit Hilfe des Länder-Staatsvertrages mehr unter Druck zu setzen.

Fakten auf den Tisch

Unsere Fraktion plant 2014 in der Region rund um den BER-Standort eine Flug-

hafenkonferenz mit ExpertInnen und BürgerInnen. Auf der Tagesordnung stehen wissenschaftliche Erkenntnisse zu den Auswirkungen von (insbesondere nächtlichem) Fluglärm auf die Gesundheit, Fragen des aktiven und passiven Schallschutzes und die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zum BER in Berlin. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger aus dem Umfeld des Flughafens und die Öffentlichkeit aus erster Hand informieren und sensibilisieren. Auch wenn manch einer durch die ständigen BER-Skandale schon etwas abgestumpft ist: Die Probleme bleiben.

Christoph Schulze

Christoph Schulze ist seit Mai 2013 Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Er gehörte bis Ende 2011 zur SPD-Fraktion und trat im Mai 2013 auch aus der SPD aus. Unsere Fraktion vertritt er im Petitions- und stellvertretend im BER-Sonderausschuss. Die BürgerInnen in Zossen und Baruth/Mark sowie in den Gemeinden Blankenfelde-Mahlow und Rangsdorf haben ihn 2009 wiederholt direkt in den Landtag gewählt.



HAASENBURG

KEINE VERSCHLUSSSACHE



© Fotolia.com - mr. nico

Die Haasenburg-Heime schließen. Aber das Kapitel Haasenburg darf noch nicht geschlossen oder hinter verschlossenen Türen des Jugendministeriums ad acta gelegt werden. Der im Herbst 2013 erschienene Untersuchungsbericht über die Zustände in den Einrichtungen der Haasenburg GmbH hat uns getroffen. Auch wenn Fixierliegen vor einigen Jahren abgeschafft wurden – die pädagogische Haltung, Kinder anzubinden, war weiter an der Tagesordnung. Dass Jugendliche mit ihren Ängsten, ihren Verletzungen und Vorwürfen so lange allein und ungehört blieben und die Aufklärung der Zustände in den Heimen so spät kam, ist beschämend. Der Bericht zeigt, dass Jugendämter und Bildungsministerium jahrelang nicht konsequent gegen die haarsträubenden Ereignisse in den Einrichtungen vorgingen. Die Aufsichtsbehörden haben offenkundig versagt. Wir wollen, dass auch von der Opposition benannte Expert_innen an der

internen Untersuchung des Jugendministeriums beteiligt werden. Wir möchten wissen, wann genau Frau Münch, ihr Ministerium und das Landesjugendamt über Missstände informiert waren und wie sie mit diesen Erkenntnissen umgegangen sind. Die Expert_innen sollen Versäumnisse beim Ministerium und im Landesjugendamt aufdecken und daraus Empfehlungen für eine bessere Heimaufsicht entwickeln. Wir schlagen vor, bundesweit eine Art unabhängiges TÜV-Siegel für Betreuungseinrichtungen einzuführen. Wir müssen auch grundsätzlich diskutieren, ob geschlossene Heime für Kinder und Jugendliche mit solchen hoch problematischen Biografien notwendig und sinnvoll sind.

Marie Luise von Halem,
Bildungs- und Jugendpolitische
Sprecherin

www.gruenlink.de/nwu

VERPASSTE GELEGENHEITEN

Bildung, Innovation, Klimaschutz: In diesen Bereichen muss Brandenburg in der nächsten EU-Förderperiode deutlich zulegen, um die Ziele der europäischen Wachstumsstrategie 2020 zu erreichen. Die von der Landesregierung nun vorgelegten Entwürfe für die Jahre 2014 bis 2020 greifen diese Top-3-Vorgaben der EU zwar formal auf, erkennbare Bewegung kommt damit jedoch nicht in den Reformprozess. Auch die EU-Querschnittsthemen Inklusion, Nachhaltigkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter bleiben in Brandenburg reine Fußnoten.

Das Brandenburger EFRE-Förderkonzept versteht den Begriff Innovation nur technisch. Förderung sozialer Innovationen: Fehlanzeige. Unverändert sind soziale und ökologische Kriterien keine zentrale Bedingung für eine Förderung. Der Eindruck entsteht, dass die alten Programme nur unter neuen Namen fortgeführt

werden. Brandenburg stattet auch den Sozialfonds ESF mit zu wenig Mitteln aus und will von diesen Geldern nur 2 % für die Erprobung innovativer und beschäftigungs-, bildungs- und sozialpolitischer Vorhaben einsetzen. Im ELER-Programm zur Stärkung der ländlichen Räume konzentriert sich Brandenburg wie eh und je auf die Agrar-Großbetriebe und hält an Investitionen in die Massentierhaltung fest – den Tierschutz will Brandenburg dagegen nicht fördern. Der Breitbandausbau ist löblich, geht aber ohne Not zulasten anderer sozialer und ökologischer Projekte im ländlichen Raum. Brandenburg verharrt in alten Fördermechanismen und nutzt die Chancen nicht, das Land in den nächsten sieben Jahren mit EU-Geldern sozial und ökologisch zu modernisieren.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

IM PORTRAIT

FIT IN FONDS UND FINANZEN: THOMAS VON GIZYCKI

Es gibt da einen langen und stabilen grünen Faden, der sich durch das Leben von Thomas von Gizycki zieht. Die Enden heißen Natur- und Wirtschaftswissenschaft oder Ökologie und Ökonomie oder Forschung und Anwendung. Dies konstruktiv zu verknoten, das hat sich der studierte Biologe und Betriebswirt vorgenommen.

Öko waren die Coolen

Auch wenn sein naturinteressiertes Elternhaus in Nordrhein-Westfalen den Boden bereitete – es war die nette attraktive Klassenkameradin, der Thomas in den Deutschen Bund für Vogelschutz, den Vorläufer des NABU, folgte. „Durchaus selbstverständlich zu meiner Zeit: Alle Coolen waren Öko“, sagt der heute 50-Jährige. Es war auch selbstverständlich, sich politisch zu engagieren. „Als ich Mitte der 1980er Jahre in Köln Biologie studierte, kämpfte ich für mehr Radwege und eine andere Verkehrspolitik – das brachte mich geradewegs zu den Grünen.“ Später führte ihn der Job als Umweltbeauftragter bei einer Gebäudereinigungsfirma nach Brandenburg. Mit seiner Frau und mittlerweile drei Töchtern lebt er jetzt fast 20 Jahre hinter der nördlichen Berliner Stadtgrenze in Hohen-Neuendorf, war zunächst grüner Stadtverordneter und streitet heute im Kreistag Oberhavel u. a. für energie-

effiziente Schulen, gute Radwege und nachhaltigen Tourismus.

Es wird sich etwas ergeben

„Einen festen Berufswunsch hatte ich nie – ich vertraute darauf, dass sich immer etwas finden wird“, sagt der in sich ruhende, ausgeglichene Berufsoptimist. Als wahrer Glücksfall entpuppte sich ein Projekt an der Uni Potsdam: Mit welcher Förderung wird das Wissen aus der Biotechnologie für die Wirtschaft relevant, lautete der Forschungsauftrag. Oder an-



© Fraktion

ders: Wie kommen Naturwissenschaft und Wirtschaft zusammen? „Und weil es NaturwissenschaftlerInnen oft an Unternehmensgeist mangelt, habe auch ich hier noch Betriebswirtschaft studiert.“

Seit Herbst 2012 arbeitet Thomas als Referent für Wirtschaft, Finanzen und Europa in der bündnisgrünen Fraktion im Brandenburger Landtag. Sein Steckbrief: Mit EU-Mitteln mehr intelligente Innovationen in der Wirtschaft fördern. Allerdings muss er gerade viel Zeit mit dem wirtschaftlichen und finanziellen Desaster des Flughafens BER verbringen.

Mit Faible für den Frauenschuh

Thomas von Gizycki selbst ist weniger mit dem Flugzeug unterwegs. Letztes Jahr nach Kroatien fuhr die Familie mit dem Autozug. In Brandenburg schwingt sich Thomas aufs Rad, fährt gerne den Berlin-Kopenhagener Radweg, liebt die Ecke nördlich von Fürstenberg. In der Mark kann der Botaniker auch einer Passion aus Jugendtagen fröhnen und seinen Lieblingspflanzen, den wilden Orchideen, nachspüren. „Die schönste Blüte hat der Frauenschuh“, findet Thomas. Die Orchidee gibt es kaum noch in Deutschland, aber in Brandenburg wächst sie noch.

Frauke Zelt

MEHR ALS EIN SYMBOL

Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen.“ Alle Landtagsfraktionen bringen mit diesem neuen Artikel 7a eine Verfassungsänderung in Brandenburg auf den Weg. Antirassismus als Staatsziel zu verankern ist ein starkes Symbol nicht nur angesichts der Konjunktur rechtspopulistischer Parteien in Europa. Steigende Flüchtlingszahlen in Brandenburg können eine latent vorhandene Fremdenfeindlichkeit verstärken und dienen Rechts-extremistInnen als Vorwand, sich verstärkt in Szene zu setzen. Neben dem klaren Signal des Entgegentretens und der Ermunterung an die Zivilgesellschaft wird die Novelle aber auch normative Auswirkungen auf Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung entfalten.

Dem Geist einer Antirassismus-Novelle folgend, wollte unsere Fraktion auch die Minderheitenrechte der Sinti und Roma in der Verfassung verankern. Das ist angesichts größter Vorurteile, Hass und Ablehnung gegen Sinti und Roma nicht nur geboten. Es entspräche auch dem europäischen Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten, wird durch Gutachten z. B. der Uni Potsdam unterstützt und würde dem Beispiel anderer Bundesländer folgen: In Schleswig-Holstein sind die Minderheitenrechte von Sinti und Roma in der Verfassung verankert, in Rheinland-Pfalz und Bremen gibt es eine entsprechende Rahmenvereinbarung, Baden-Württemberg plant einen Staatsvertrag. Die Landtagsmehrheit in Brandenburg wollte diesen Schritt nicht gehen.

Für uns Bündnisgrüne steht fest: Antirassismus ist nicht dosierbar und nicht verhandelbar. Er muss auch dann erstritten werden, wenn er unpopulär ist.

Ursula Nonnemacher
Innenpolitische Sprecherin

www.gruenlink.de/nys

GASTBEITRAG DES FLÜCHTLINGSRATES WILLKOMMEN!

Mitte der 90er Jahre kamen jährlich etwa 32.000 Asylsuchende nach Brandenburg, 2007 waren es 570. Der moderate Anstieg auf 3.500 Flüchtlinge in 2013 war angesichts weltweiter Krisen und Kriege absehbar. Dennoch stritten Land und Kommunen lange Zeit um Zuständigkeiten und verpassten es, rechtzeitig mehr Wohnungen bereitzustellen und Integrationskonzepte zu entwickeln. Sie produzierten selbst die dramatische Aufnahmesituation, unter der vor allem Flüchtlinge leiden müssen und die sie gerade zur Zielscheibe für Anfeindungen macht.

Oft nur 2 Quadratmeter für einen Menschen und keine Privatsphäre – die Unterkünfte sind unzureichend ausgestattet und vollkommen überfüllt. Sie liegen oft so fern von nötigen Strukturen, dass eine Integration in die Nachbarschaften verhindert wird und der Boden für Rechtspopulisten leicht geebnet ist. Obwohl mehr besonders schutzbedürftige Flüchtlinge kommen, gibt es bei Weitem nicht ausreichend Angebote für Beratung und Betreuung. Es gibt jedoch auch engagierte Menschen vor Ort, wie in Wandlitz oder Teltow, die den status quo nicht akzeptieren wollen und konkret Unterstützung anbieten. Die Regierung hat dazugelernt und investiert nun mehr Geld. Es ist dabei notwendig, dass die Bereitstellung von Wohnungen mit Versorgung, Beratung und ausreichender Infrastruktur unbedingt zusammen gedacht werden. Das Bekenntnis zur Flüchtlingsaufnahme als einer langfristigen und dauerhaften Aufgabe muss in der Zivilgesellschaft und Verwaltung verankert und deutlich hör- und spürbar sein.

Ivana Domazet

Sprecherin des Flüchtlingsrates
Brandenburg



Bündnisgrüne Politik zum Thema: www.gruenlink.de/ny1

NICHT SAU – BER

Der Nachtragshaushalt für 2014 ist das in Papier gegessene Eingeständnis des Scheiterns von Rot-Rot beim größten Infrastrukturprojekt der Region Berlin-Brandenburg. Der Landtag verabschiedet den Haushalt, bevor die Geschäftsführung der Flughafengesellschaft FBB einen neuen Finanzplan vorlegt, der aufzeigt, wie viel die *Black Box BER* wann kostet. Auch wenn die FBB mangels Bautätigkeit am BER 2013 weniger Geld benötigt: Monatliche 34 Millionen € zusätzlicher Betriebskosten und Einnahmeausfälle zehren die für Investitionen in Bau und Lärmschutz bewilligte Kapitalaufstockung von 1,2 Milliarden € nach und nach auf.

Soll es das Schicksal des Landtages werden, Jahr für Jahr fatalistisch immer neue Millionen in ein nicht zu stopfendes schwarzes Loch zu werfen? Lassen wir uns von einer zwar im öffentlichen

Eigentum stehenden, aber privatrechtlich verfassten Gesellschaft vollständig entmündigen? Wie sonst ist die Verabschiedung eines Haushalts ohne Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre zu verstehen? Weil die dem Wahlvolk scheinbar servierte Wahrheit nicht ganz so bitter aufstößt?

Über dieses Scheitern versucht Rot-Rot durch kleine Weihnachts- und Wahlgeschenke hinwegzutäuschen. Angesichts von seit 2009 gestrichenen 460 Vollzeit-LehrerInnenstellen sind die versprochenen 100 neuen Lehrkräfte ein Tropfen auf den heißen Stein. Im Nachtragshaushalt leer ausgegangen sind die strukturell völlig unterfinanzierte Brandenburger Hochschullandschaft und das gerade verabschiedete Justizvollzugsgesetz, das ohne Mittel für mehr Personal ein Papiertiger bleibt. Die aufgestockten Mittel für Flüchtlinge sind in mehr, aber auch qualitativ bessere Unterbringung und Betreuung zu stecken.

Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender

www.gruenlink.de/ny3

TERMINE

Februar 2014: Abschluss Symposium zur Aufarbeitung in Brandenburg

Vier Jahre lang hat sich die Enquetekommission 5/1 intensiv mit dem Erbe der DDR in Brandenburg und mit Fragen der Aufarbeitung befasst. ExpertInnen und ZeitzeugInnen kamen zu Wort, es wurde diskutiert und heftig gestritten. Wir ziehen Bilanz: Was haben wir gelernt? Was soll sich in Brandenburg ändern? Wie erreichen wir das?

Termin, Ort und weitere Infos unter:

www.gruenlink.de/o09

Infos zu weiteren Fraktionsveranstaltungen:

www.gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen

brandGRÜN online – als Newsletter bestellen unter:

www.gruene-fraktion-brandenburg.de/newsletter

WIR SIND UMGEZOGEN!

Unsere neue Adresse:

Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Telefonnummern und E-Mail-Adressen
bleiben bestehen.

Wir haben auch im Internet ein neues Zuhause:

Besuchen Sie uns unter
www.gruene-fraktion-brandenburg.de



IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel. 0331 9661701
info@gruene-fraktion-brandenburg.de
www.gruene-fraktion-brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arbinger
Redaktion: Frauke Zelt
Bildrecherche: Hanna Marzinkowski
Titelbild: Jan Wischnewski
Satz und Layout: ZITRUSBLAU
Papier 100 % aus Altpapier,
Umweltengel



IM BRANDENBURGER LANDTAG